

Am Rande

Tödliches Leben



Es gibt Leute, die glauben, dass sich die Bundesregierung aus moralischen Gründen schwer tut mit der Lieferung von 1000 Panzern an die Türkei. Das ist falsch. Richtig ist,

dass der Beschluss über jene Aufkleber noch nicht gefallen ist, welche die Europäische Union (EU) bald für jedes Kanonenrohr vorschreiben dürfte: „Die EU-Kriegsminister: Waffen töten. Jede Kugel aus diesem Rohr enthält eine Menge Blei.“ Das wird die Kurden beruhigen.

Für Zigaretten ist das Gesetz beschlossen. „Rauchen tötet“ steht bald auf jeder Packung, obwohl die EU den Tabakanbau pro Jahr mit einer Milliarde Euro unterstützt. Das ist nicht sehr konsequent, und wer heuchelt, muss es energisch tun, sonst fällt es auf. Darum kämpft die EU gegen den Tod, generell und überall, und weil der Tod ein zäher Gegner ist, rauchen jetzt die Druckmaschinen.

Sie drucken Aufkleber für Autokonzerne wie Toyota („Nichts ist untödlich“), für das britische Landwirtschaftsministerium („Beef kills“), für Alkoholkonzerne wie Holsten („Murkst am dollsten“). 80 Millionen Briefe will das Familienministerium verschicken: „Liebe/r MitbürgerIn, das ganze Leben kann Sie niederstrecken.“

Mörderische Zeiten, aber es gibt Hoffnung, denn zumindest das Leben der Mäuse lässt sich neuerdings um ein Drittel verlängern. Das liegt angeblich daran, dass Forscher ein Gen ausschalten konnten, das gesunde Zellen sterben lässt. Das ist falsch. Richtig ist, dass die europäische Maus bei Verlassen ihres Lochs bald ein EU-Warnschild erblicken wird: „Gefährlich ist der Katze Tatze.“



Bundesbedienstete auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld

BUNDESBEAMTE

Di-Mi-Do in Berlin

Kaum drei Monate nach dem Regierungsumzug hat sich die Zahl der Wochenendpendler zwischen Bonn und Berlin um rund die Hälfte verringert. Statt der 3700 reservierten Plätze in Fliegern und Zügen werden nach der neuesten Umfrage in Ministerien und Bundestagsverwaltung weit unter 2000 Plätze benötigt. Verkehrsminister Reinhard Klimmt (SPD) rechnet mit rund neun Millionen Mark Storno-Kosten. Zugleich aber registrieren die Ressorts dienstags und donnerstags erheblich

mehr Dienstreisen. Über die Gründe rätselten die Umzugsbeauftragten bei ihrem Treffen Anfang November. „Montags und freitags fällt nun mal viel Arbeit in Wohnortnähe an“, spottete ein Teilnehmer über jene „Di-Mi-Do-Beamten“, die es höchstens drei Tage im Berliner Büro hält.

Nur im Innenministerium herrschen strenge Sitten. Bereits am Sonntagabend müssen die Pendler nach Berlin reisen, um pünktlich montags zum Dienstbeginn zu erscheinen. Und am Freitagnachmittag streift Ressortchef Otto Schily schon mal durch die Flure, um die Anwesenheit seiner Untergebenen höchstpersönlich zu kontrollieren.

DVU

Frey-Partei pleite?

Nach den aufwendigen Wahlkämpfen der letzten Monate, bei denen die DVU in Brandenburg den Einzug in den Landtag schaffte, ist die rechtsextreme Partei offenbar finanziell am Ende. Wie aus internen Unterlagen hervorgeht, erwartet DVU-Chef Gerhard Frey rund 15 Millionen Mark „Unterdeckung der DVU“ am Ende dieses Jahres. Frey hatte drei Millionen Mark in den brandenburgischen Wahlkampf gepumpt und damit rund 58 000 Wähler geködert. Für die erhält er in der fünfjährigen Legislatur nur rund 300 000 Mark Wahlkampf-kostenrückerstattung.

Wegen der prekären Finanzlage verhinderte der DVU-Bundesvorstand, dass die Partei bei der kommenden Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 27. Februar kommenden Jahres antritt. Der Vormann des schleswig-holsteinischen Landesverbands, Rechtsanwalt Klaus Sojka, verlangt jetzt vom Verleger Frey Auskunft darüber, wer die „ungeheuerliche Schuldenlast“ zu vertreten habe.

Nachgefragt

Milder Osten

„Egon Krenz und andere DDR-Größen sind wegen der Todeschüsse an der deutsch-deutschen Grenze zu Haftstrafen verurteilt worden. Jetzt fordern Politiker mehrerer Parteien, sie zu amnestieren. Was meinen Sie?“

Ich finde eine Amnestie richtig. Zehn Jahre nach Ende der DDR sollte ein Schlussstrich gezogen werden.

34
West/Ost
29/50

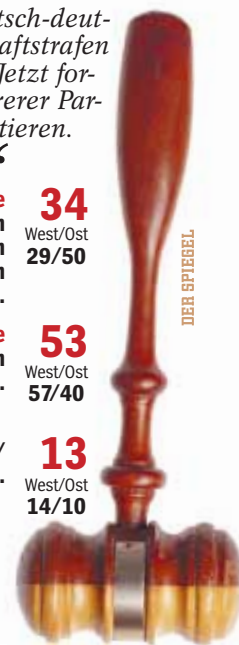
Ich lehne eine Amnestie ab. Die Strafen sollten verbüßt werden.

53
West/Ost
57/40

Ich weiß nicht/ist mir egal.

13
West/Ost
14/10

Ernsth-Umfrage für den SPIEGEL vom 16. und 17. November; rund 1000 Befragte; Angaben in Prozent



DER SPIEGEL